Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD Gewerkschaft Strafvollzug · dbb beamtenbund und tarifunion · CESI

3 | 2 0 2 5
72. Jahrgang

Neue Bundesregierung, neue Herausforderungen

Foto: BSBD Bundesleitung

René Müller, BSBD Bundesvorsitzender

Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken!

STUV ACADEMY

Sicherheit verstehen. Verantwortung übernehmen.

Praxisorientierte Qualifizierung für die verantwortungsvolle Tätigkeit als Schlossbeauftragte:r – in unseren bewährten Seminaren erwerben Sie fundiertes Fachwissen rund um Schließsysteme, Zutrittsorganisation und die Rolle der Schlossbeauftragten in öffentlichen Einrichtungen.

Jetzt informieren und direkt anmelden: **www.stuv.de/stuv-academy**

Parkstraße 11
42579 Heiligenhaus
Germany

T +49 20 56 - 14 5 00
E info@stuv-prison.com
www.stuv-prison.com

Mitglied im
dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de **www.bsbd.de**
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	**martin.kalt@bsbd-bund.de**
Geschäftsstelle:	**Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands** Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS
Ausgabe 4+5 - 2025: ▸▸▸ 12. September 2025

ERSCHEINUNGSTERMIN
Ausgabe 4 - 2025: ▸▸▸ 16. Oktober 2025

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung 4

Angriff auf das Berufsbeamtentum 5

Tarifverhandlungen 2025 6

Die BSBD Tarifvertreterinnen und -vertreter trafen sich im April im Hotel Park Soltau.

Seminar für Senioren 7

Rätselspaß 8

Lösungen aus 1/2025 9

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg 11

Bayern 20

Berlin 26

Brandenburg 30

Hamburg 36

Hessen 46

Mecklenburg-Vorpommern 58

Niedersachsen 59

Nordrhein-Westfalen 67

Rheinland-Pfalz 81

Saarland 86

Sachsen 95

Sachsen-Anhalt 99

Schleswig-Holstein 103

Thüringen 113

Impressum 115

Wer Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung

Die systemrelevante Arbeit im deutschen Justizvollzug findet tagtäglich unter schwierigen Bedingungen statt – und dennoch meist unbeachtet von der Öffentlichkeit. Dabei sind es die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten, die mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes leisten. Es ist an der Zeit, das öffentliche und politische Bewusstsein für diese Leistungen zu schärfen.

Foto: Photothek Media Lab / Dominik Butzmann

Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig

Die Kolleginnen und Kollegen im Vollzug sind nicht nur für die Bewachung von Gefangenen verantwortlich. Sie sind Krisenmanager, Konfliktlöser, Resozialisierungsbegleiter, Ansprechpartner in psychischen Ausnahmesituationen – und oftmals der letzte menschliche Kontakt für Menschen, die den Bezug zur Gesellschaft verloren haben. Diese Arbeit erfordert ein hohes Maß an Verantwortung, Professionalität und Belastbarkeit. Und sie geschieht fast vollständig im Verborgenen.
Gerade die Betreuung von suizidgefährdeten oder psychisch erkrankten Gefangenen sowie der Umgang mit gewaltbereiten, radikalisierten oder extremistischen Insassen verlangt Fähigkeiten, die weit über klassische Sicherheitsaufgaben hinausgehen – Tag für Tag, Schicht für Schicht.

BSBD appelliert an Bundesregierung: Verantwortung übernehmen

Umso unverständlicher ist es, dass der Justizvollzug im aktuellen Koalitionsvertrag und insbesondere im sogenannten „Sicherheitspaket“ der Bundesregierung keine Erwähnung findet. Obwohl es dort um innere Sicherheit, Extremismusbekämpfung, Gefährderstrategien und eine effektivere Strafverfolgung geht, bleibt ausgerechnet jener Bereich ungenannt, der diese Urteile am Ende tagtäglich vollzieht und umsetzt: der Strafvollzug.
Diese Leerstelle ist aus Sicht des BSBD nicht nur enttäuschend, sondern politisch fahrlässig. Denn ohne einen funktionierenden Justizvollzug bleibt jeder sicherheitspolitische Plan Stückwerk. Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken – in der Gesetzgebung, in der Finanzierung und im politischen Diskurs.
Der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, hat daher schriftlich Kontakt zum neuen Bundeskanzler Friedrich Merz und zur Bundesjustizministerin Stefanie Hubig aufgenommen. Neben seinen Glückwünschen zur Wahl weist er in seinem Schreiben auf die zahlreichen Herausforderungen und Belastungen im Strafvollzug hin und mahnt konkrete Unterstützung an – auf Bundesebene im Schulterschluss mit den Landesjustizministerien.
Gleichzeitig hat der BSBD seine Gesprächsbereitschaft ausdrücklich angeboten, um seine umfangreiche fachliche Expertise in den politischen Dialog einzubringen. Gerade mit Blick auf die neue Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) verbindet der BSBD die Hoffnung, dass eine offenere und konstruktivere Zusammenarbeit möglich wird als unter ihrem Vorgänger, der den Austausch mit den Fachvertretungen des Vollzugs weitgehend vermissen ließ.

Keine zusätzlichen Belastungen durch Asylpolitik und Abschiebehaft

Mit Nachdruck macht der BSBD außerdem deutlich: Verschärfungen in der Asyl- und Abschiebepolitik dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen im Strafvollzug führen. Die Ausweitung von Abschiebehaft oder verlängerte Inhaftierungszeiten dürfen nicht zu einer Verlagerung in den regulären Strafvollzug führen – weder personell noch infrastrukturell sind die Anstalten dafür ausgelegt.
Abschiebehaft ist kein Strafvollzug und muss auch getrennt davon organisiert werden. Der Strafvollzug darf nicht als Auffangbecken für migrationspolitische Versäumnisse dienen. Eine klare Trennung beider Bereiche ist unabdingbar, ebenso wie zusätzliche Mittel für mögliche Sonderstrukturen außerhalb des Strafvollzugs.

Bundesvollzug für Hochrisiko-Fälle gefordert

Ein weiteres zentrales Anliegen des BSBD bleibt die Einrichtung eines Bundesgefängnisses für Gefährder, Terroristen und extremistische Hochrisikostraftäter. Diese Personen stellen in den Landesvollzugsanstalten ein Sicherheitsrisiko dar und binden enorme Ressourcen. Ein Bundesvollzug für diese Fälle wäre eine längst überfällige strukturelle Entlastung für die Länder und ein sicherheitspolitisch gebotener Schritt.
Der BSBD fordert klare Schritte: eine faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung, zeitgemäße Personalschlüssel und vor allem politische Anerkennung. Der Justizvollzug kann nur funktionieren, wenn die Politik ihn ernst nimmt und unterstützt – mit Worten und mit Taten. Der Strafvollzug ist ein Teil des Fundaments für den Rechtsstaat. Wer Sicherheit, Prävention und gesellschaftliche Rückführung ernst meint, muss den Strafvollzug auch auf bundespolitischer Ebene einbeziehen. Der BSBD wird weiter dafür kämpfen, dass die stillen Leistungen hinter Mauern gesehen, gewürdigt und gestärkt werden.

Systemrelevanz ist keine Frage der Sichtbarkeit, sondern der Verantwortung. ■

Angriff auf das Berufsbeamtentum

Kritik des BSBD zu Aussagen zur Rentenversicherungspflicht für Beamte

Mit großer Sorge und deutlicher Ablehnung nehmen wir, der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), die jüngsten Aussagen von Bundesarbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas zur Kenntnis, wonach Beamte künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen. Diese Forderung ist nicht nur sachlich unbegründet, sondern sie stellt auch einen direkten Angriff auf das bewährte Berufsbeamtentum und die besonderen Herausforderungen unseres Dienstes dar.

Foto: BSBD

René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

Beamte, insbesondere im Strafvollzug, übernehmen Aufgaben, die mit außerordentlichen Belastungen, Gefahren und hohen persönlichen Anforderungen einhergehen. Wir arbeiten im Schichtdienst, an Wochenenden und Feiertagen – und das in einer hochbelasteten, sicherheitsrelevanten Umgebung mit ständiger Konfrontation mit Gewalt, Bedrohungen und psychischer Belastung. Die Annahme, dass wir „privilegiert“ seien, ignoriert diese Realität auf sträfliche Weise.

Das deutsche Beamtensystem basiert auf dem Alimentationsprinzip. Beamte verzichten auf das Streikrecht, unterliegen besonderen Treuepflichten und dürfen sich ihre Arbeitsstelle nicht frei wählen – im Gegenzug verpflichtet sich der Staat, sie lebenslang angemessen zu alimentieren, also zu besolden und im Alter durch eine Pension abzusichern. Diese Struktur ist kein „Schlupfloch“, sondern ein rechtsstaatlich legitimiertes und bewährtes System, das Beamte als Teil der hoheitlichen Staatsstruktur absichert.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird zu einem erheblichen Teil durch sogenannte versicherungsfremde Leistungen belastet – etwa die Mütterrente oder Rentenzahlungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Es ist irreführend zu behaupten, die Einbeziehung der Beamten würde die gesetzliche Rentenkasse sanieren helfen. Im Gegenteil: Die Einzahlungen würden langfristig durch hohe Rentenzahlungen wieder aufgezehrt – ein Nullsummenspiel mit enormem bürokratischem und finanziellem Aufwand.

Die pauschale Forderung, alle Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen, stellt einen massiven Systembruch dar. Sie wäre auch mit erheblichen Übergangskosten verbunden. Rücklagen müssten gebildet, Übergangssysteme geschaffen und bestehende Ansprüche berücksichtigt werden.

Schon heute ist der Strafvollzug durch massive Personalnot und einen alarmierenden Nachwuchsmangel gekennzeichnet. Die Aussicht, bei gleichzeitigem Wegfall von Pensionsansprüchen künftig unter denselben gefährlichen Bedingungen zu schlechteren Altersvorsorgebedingungen zu arbeiten, würde den Beruf noch unattraktiver machen. Wir brauchen Anreize für junge Menschen, diesen wichtigen Dienst am Rechtsstaat zu übernehmen – keine Abschreckungspolitik.

Die Aussagen von Bundesministerin Bärbel Bas zur Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Beamte sind populistisch, kurzsichtig und gefährlich.

Wer den Rechtsstaat stärken will, darf seine tragenden Säulen – wie den Strafvollzugsdienst – nicht schwächen, sondern muss sie stützen, respektieren und angemessen alimentieren.

René Müller, Bundesvorsitzender ■

:(Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...
Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen"

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif- 0800-33 10 332
Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Gemeinsam stark für die Tarifverhandlungen 2025

Gemeinsam stark – jetzt ist der Moment!

Die Tarifverhandlungen 2025 stehen unmittelbar bevor, und es geht um mehr als Zahlen auf dem Papier – es geht um unsere Zukunft, unsere Arbeitsbedingungen und unsere Wertschätzung!

Vom 14. bis 16. April 2025 haben sich die Tarifvertreter der Bundesländer im Hotel Park Soltau intensiv vorbereitet. Mit Entschlossenheit und einer klaren Vision haben wir unsere Positionen geschärft, um in den kommenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) entschlossen aufzutreten. Der TVöD-Abschluss gibt uns eine Richtung vor, aber wir wissen: Der TV-L muss noch mehr für uns leisten – ab September 2025 kämpfen wir dafür!

Als eine von 43 Fachgewerkschaften sind wir Teil einer starken Bewegung. Jede Fachgewerkschaft verfolgt das Ziel, das Beste für ihre Mitglieder zu erreichen – und wir tun das mit Nachdruck! Wir kennen den Unterschied zwischen Tarifpflege und Tarifverhandlungen, doch deine Anliegen werden nicht übersehen – sie fließen direkt in unsere Forderungen ein.

Deine Stimme zählt! Rückmeldungen und Kritik aus den Reihen der Tarifvertreter sind für uns wesentlich. Sie zeigen uns, wo wir noch entschlossener auftreten müssen, und helfen uns, unsere Positionen weiter zu stärken. Wir nehmen deine Anliegen ernst – und wir werden sie durchsetzen.
Jetzt heißt es: Zusammenstehen, stark bleiben und für unsere Rechte kämpfen!

Die BSBD Tarifvertreterinnen und -vertreter trafen sich im April im Hotel Park Soltau.

Jetzt zählt dein Einsatz – gemeinsam kämpfen wir für echte Verbesserungen

Unsere Spezialisten des BSBD aus den Bundesländern arbeiten bereits mit Hochdruck an den entscheidenden Details unserer Forderungen. Wir geben uns nicht mit halben Lösungen zufrieden – wir fordern klare Verbesserungen.

Unsere Kernforderungen:

- Höhere Eingruppierung im AVD – E8/E9 ist das Ziel.
- Berufsunfähigkeitsversicherung – ein bindender Beschluss des letzten Bundesgewerkschaftstages, der umgesetzt werden muss.
- Einheitliche Eingruppierung im Sozialdienst – Ungerechtigkeiten zwischen den Bundesländern müssen endlich der Vergangenheit angehören.
- Schluss mit dem Boykott der TdL in der Tarifpflege – wir lassen uns nicht ausbremsen.

Jetzt liegt es an uns: Nur wenn wir entschlossen und gemeinsam auftreten, können wir echte Veränderungen bewirken. Die letzten Verhandlungen haben gezeigt, dass unser Engagement und unser Zusammenhalt Wirkung zeigen – die TdL hat unseren Einsatz mit Respekt wahrgenommen. Dieser Erfolg darf kein Einzelfall bleiben, sondern muss unsere gesamte Strategie prägen.

Es reicht nicht, bloß Forderungen zu stellen. Wir müssen aktiv werden, Flagge zeigen, Druck machen – jeder Einzelne zählt. Mach mit – dein Einsatz macht den Unterschied. Unser Erfolg ist deine Zufriedenheit. Deine Zufriedenheit ist unser Ansporn.

BSBD – Gemeinsam
für eine starke Zukunft! ■

Hat die Pflege in Deutschland noch eine Zukunft?

Seminar für Senioren mit Jan Oliver Krzywanek

Das Seminar für die Senioren fand zu dem Thema „Pflege“ statt. Ein sehr aktuelles Thema mit politischem Hintergrund. Ein Zitat von Oskar Wilde hatte der Bundesseminarleiter als Überschrift für seine Einladung zum Seminar gewählt. Dieses lautete: „Als ich jung war, habe ich geglaubt, dass Geld das Wichtigste im Leben sei. Jetzt bin ich alt und weiß es.“ Hintergrund dieser Überschriftenwahl war und ist die derzeitige und zukünftige Finanzierung der Pflege.

Als Referenten für diese Problematik konnte der stellvertretende Geschäftsbereichsleiter Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Frauen, Jugend und Senioren, Jan Oliver Krzywanek, hauptamtlicher Mitarbeiter des dbb in Berlin, gewonnen werden. Ein herausragender Fachmann und auch kompetenter Referent, der von Anfang an seine Zuhörer in den Bann zog. Neben den einzelnen Pflegestufen mit ihren finanziellen Ausstattungen und Möglichkeiten wurde auch der Weg dorthin für die Antragsteller vorgestellt. Die Teilnehmer stellten viele Fragen, auf die der Referent ausführlich einging. Insbesondere konnte Kollege Krzywanek auch seine persönlichen Erfahrungen im familiären Bereich mit der Pflege und deren „Fallstrick“ in die Diskussion einbringen.

Weitere Themen waren Demenz und Demenzformen. Auch hier informierte der Kollege vom dbb Berlin umfassend und nachhaltig. Das Symptombild der Demenz umfasst Einbußen an kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Vor allem betroffen sind das Kurzzeitgedächtnis, das Denkvermögen, die Sprache und die Motorik: Bei einigen Formen kommt es auch zu Veränderungen der Persönlichkeit – so Wikipedia. Eine beginnende Demenz zu erkennen – so der Referent – ist schwierig. In kurzen Aufklärungsfilmen wurden die Anwesenden über Anzeichen einer beginnenden Veränderung bei einer Person informiert.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad dankte dem Referenten ausdrücklich für den interessanten und informativen Vortrag. In seinem Vortrag griff Kollege Conrad noch einmal die Thematik des Seminars auf, inwieweit die Pflege noch eine Zukunft hat. Fakt sei – so Conrad –, wenn zeitnah die Politik nicht für finanzielle Sicherheit der Pflegekassen sorgt, haben wir in der Zukunft ein Problem: Bei einer alternden Gesellschaft ein Spiel mit dem Feuer.

Apropos Feuer. Kollege Ambrosius Luzius nutzte die Gelegenheit, auf ein weiteres Problem einer älter werdenden Gesellschaft einzugehen. Themen seines Vortrages waren:

Referent Jan Oliver Krzywanek

- Rauchmelder retten leben!
- Was machst Du, wenn’s brennt?

Luzius regte an, auch in den Seniorenvertretungen der Landesverbände die Thematik aufzugreifen.

Winfried Conrad
Bundesseminarleiter

Fotos: (2) Winfried Conrad

Gruppenfoto der Seminarteilnehmer

Studie zur Privaten Krankenversicherung: Debeka erneut mit bestmöglicher Bewertung ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die Debeka Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung mmm+ ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die Debeka 29,10 von 30 möglichen Punkten und landet damit auf der Spitzenposition. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

Die Studienautoren schreiben: „Die Debeka als bisheriger Seriensieger wurde ebenfalls mit der höchsten Bewertung mmm+ ausgezeichnet und erzielte insgesamt 85,70 Punkte. Seit 2021 liefern sich die Debeka, Signal Iduna und LVM ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die beste Bewertung, das bis zu dieser Ausgabe ausschließlich zugunsten der Debeka ausging. Insofern dürften auch die kommenden Jahre spannend bleiben.“

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten tagtäglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.

Frühlingsempfang SPD

Der Einladung in den hessischen Landtag zum Frühlingsempfang sind wir gefolgt. Der BSBD wurde von unserem Geschäftsführer Husam Sanori und der Landesvorsitzenden Wilma Volkenand vertreten.

Die Eröffnungsreden hielten Tobias Eckert (Fraktionsvorsitz) und Lisa Gnadl (Parlamentarische Geschäftsführerin). Unter den Gästen waren zahlreiche Vertretende aus der Wirtschaft, Gewerkschaftsverbänden und der Politik. Einer der Ehrengäste, unser stellvertretender Ministerpräsident, hob ebenso wie seine Vorredner die Wichtigkeit einer starken gemeinsamen Demokratie hervor. Das Hessengeld, die kostenfreie Meisterzulage (immerhin sind es 3.000,- €) bis hin zur Wichtigkeit einer starken Wirtschaft wurden von unserem stellvertretenden Ministerpräsident Herrn Kaweh Mansoori in seiner Gastrede besonders hervorgehoben.

Der Abend war für uns eine gute Gelegenheit, um neue Verbindungen für unsere gewerkschaftliche Arbeit zu nutzen. Einige neue Kontakte konnten wir knüpfen. Ganz sicher werden wir zu einigen Gespräche aufnehmen, um unsere gewerkschaftliche Arbeit voranzubringen. Der Justizvollzug muss unbedingt mit zahlreichen Anpassungen die Arbeitsbedingungen verändern. Unser Wunsch ist, dass das Land Hessen auch zukünftig als ein guter Arbeitgeber wahrgenommen wird. Gerne stehen wir stets mit Rat und Tat beiseite. Uns ist bewusst, dass wir längst nicht nur ein Facharbeitermangel haben, ebenso sind uns die Mühen der Besetzung der offenen Stellen bekannt.

Ein kurzweiliger Abend mit vielen guten Gesprächen.

Vielen Dank für die Einladung. ■

stellvertretender Ministerpräsident Kaweh Mansoori

Tanja Hartdegen (SPD - Sprecherin für den Justizvollzug) Wilma Volkenand und Husam Sanori beide BSBD sowie Erwin Schmidt (Landesvorsitzender der Deutschen Justizgewerkschaft)

Fotos (5): BSBD Hessen

Tobias Eckert und Lisa Gnadl

Gespräch mit Bündnis 90 Die Grünen

2024 hatten wir leider keine Gelegenheit für ein Gespräch, aber nun ist es endlich nach langer Wartezeit gelungen einen Gesprächstermin mit den Grünen/Bündnis 90 zu vereinbaren. Der Austausch war geprägt von verschiedenen zentralen Themen, die den Justizvollzug in Hessen betreffen.

Ein bedeutender Schwerpunkt lag auf dem baulichen Zustand der Justizvollzugsanstalten. Seit vielen Jahren, werden durchweg nur die nötigsten Arbeiten in den Anstalten erledigt. Zahlreiche Anstalten sind extrem sanierungsbedürftig. In einigen Anstalten werden Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Wir vermissen eine Planung mit Weitblick. Dabei gibt es gute Beispiele bei anderen Bundesländern. Dort wird eine Anstalt neu gebaut und nach Fertigstellung wird eine renovierungsbedürftige Anstalt freigezogen. In Hessen ticken die Uhren anders. Dort wird sogar bei Belegung grundsaniert. Die Belastung durch die Baustellen, die sich beispielsweise in der JVA Kassel I über das ganze Gelände erstrecken, auf das dort tätige Personal und natürlich auf die dort lebenden Gefangenen lastet, ist schlicht unvorstellbar. Bauvorabmaßnahmen werden getroffen, die Kosten explodieren, andere Gebäudeteile werden durch die Vibration der schweren Baugerätschaften in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitsbedingungen vom Lärm, Dreck bis über die Belastung gesperrter Bereiche insbesondere der interne Weg, der nach der Abmauerung des Baubereiches entstanden ist, sorgt für unglaubliche Belastung bei Verlegungen in den besonders gesicherten Haftraum. Ausgerechnet der Weg zum besonders gesicherten Haftraum. Eine Verlegung dorthin stellt bereits ein besonderes Ereignis dar. Kein Wunder, dass das Personal vor Ort sich mit allen Hürden alleingelassen fühlt.
Die JVA Frankfurt am Main IV war ebenfalls Thema. Überwiegend haben die Zellen dort keine Toiletten. Was zur Folge hat, dass die Türen eben nicht abgeschlossen werden. Zahlreiche Ersatzfreiheitsstrafen werden dort vollstreckt. Den Praktikern unter uns ist bekannt, dass es sich dabei nicht um ein „leichtführbares Klientel“ handelt. Seit Jahren tut sich nicht. Zustandsberichte wurden mannigfach erstellt, bisher aber ohne Antwort. Aushalten ist angesagt. Das Personal fühlt sich allein gelassen.

Nach der Frankfurt am Main IV sind wir thematisch nach Schwalmstadt gereist. Der Seniorenvollzug im Kornhaus. Die dortige Pforte ging 2016 ans Netz. Geld im und für den Justizvollzug war und ist stets knapp bemessen. In der Pforte gibt es keine Heizung. 2016 ist man davon ausgegangen, dass die Wärmestrahlung der Überwachungsbildschirme ausreichend sein wird. Nun sind dort Flachbildschirme. Heizleistung Fehlanzeige. Im Winter werden Ölradiatoren in den Pfortenraum gestellt. Ganz besonders kritisch beurteilen wir die Notfalltore, denn gerade im Seniorenvollzug durch die dort vulnerablen Gefangenen sind medizinische Notfälle i. d. R. häufiger als bei Lebensjüngern Insassen. Um zu sparen, wurde auf einen elektrischen Torantrieb verzichtet. Bei einem Notarzteinsatz werden aus dem Haupthaus zwei Personen angefordert. Die per Hand die Tore öffnen. In der heutigen Zeit – unvorstellbar - aber wahr. Weiß bleibt von solchen Schildbürgerstreichen. Das Personal fühlt sich allein gelassen. Nichts wert – nicht gesehen.

Aktuell werden in Weiterstadt und in Schwalmstadt Containerbauten renoviert. Für Schwalmstadt sollen dort Sicherungsverwahrte untergebracht werden. Für die Unterbringung, die Hessen für Thüringen mit übernommen hat, gibt es bereits Wartelisten.

Die JVA Frankfurt am Main I. Seit langem müssen dort mehr als angespannte Belegungszustände ertragen werden. Ausgleichsverlegungen werden in Einzelfällen organisiert. Ein unvorstellbarer Kraftakt, um überhaupt Platz für Zugänge zu schaffen. All das mit mehr und mehr auffälligen und gewaltbereiten Gefangenen. Statistiken werden geführt. Von leichten Entspannungen und wieder Anspannungen wird regelmäßig berichtet. Auf lange Sicht verändert sich nichts. Das Personal fühlt sich mit den Bedingungen vor Ort alleine. Aussicht auf Besserung Fehlanzeige.

Wir rechnen auf keinen Fall mit sinkenden Gefangenenzahlen – eher im Gegenteil. Hoffen wir, dass uns nicht die Decke – wie bei einer Kasseler Kirche oder bei einer Uni auf den Kopf fällt. Wir wünschen uns für den Justizvollzug mehr Aufmerksamkeit und spürbare Entlastung.

Hessischer Landtag Haupteingang

Die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld war ebenfalls unser Thema. Nach unseren Informationen läuft der Vertrag dort bis 2027 mit der Aussicht auf Verlängerung. Seit 2006 wird die Anstalt Teilprivatisiert betrieben. Um Gefangene beschäftigten zu können muss eine Aufsicht durch den allgemeinen Vollzugsdienst vorhanden sein. Uns treibt die Frage nach der Wirtschaftlichkeit um. Der Wirtschaftlichkeitsbericht des Rechnungshofes im Jahr 2011 war nicht positiv. Empfohlen wurden regelmäßige Bewertungen der Wirtschaftlichkeit. Wurden Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchgeführt? Eigene Wirtschaftsmodelle scheinen zielführender. Das Land Hessen muss sparen. Sollten die politischen Entscheidenen lieber auf politische Nebelkerzen verzichten, um endlich der Teilprivatisierung ein Ende zu setzen. Wird ein Faktenvergleich gewagt?

Wir vertreten die Auffassung, dass rund um den Justizvollzug grundlegende Verände-

rungen nötig sind. Selbst die Vollzugsform des offenen Vollzuges ist ein Sanierungsfall. Dabei vertreten wir die Auffassung, dass diese Form des Vollzuges durchaus mehr Inhaftierte eine Eignung haben würden. Der Justizvollzug wurde kaputtgespart. Wie die Straßen, Schienen und Brücken. In den 90ziger Jahren unter dem grünen Justizminister Ruppert von Plottnitz sollte der offene Vollzug der Regelvollzug sein. Das war und ist unsere Haltung nicht. Aber das Limburger Urteil (Geisterfahrt Autobahn) wurde dem offenen Vollzug erheblichen Schaden zugefügt. Wer will die Haftung für möglichen Missbrauch übernehmen. Dabei wäre nach einer bestimmten Haftdauer die Entlassung über den offenen Vollzug eine gute Möglichkeit, um nach der Haft wieder in der Gesellschaft anzukommen. Mit einer Lockerung, die auf dem Weg in die Freiheit begleitet und unterstützt. Begleitete Ausgänge helfen da nicht. Im Gegenteil. Der Alltag wird durch die Systemsprenger in den Anstalten dominiert. Die lähmen den Vollzug. Wir sind für Sonderstationen für die auffälligen und gefährlichen Gefangenen. Zahlreiche davon haben wir in den Anstalten. Dann wäre ein Justizvollzug, der sich mit den veränderungswilligen wirklich beschäftigten kann sinnvoll. Lernen wir nicht durch machen? Morgen sind sie unsere Nachbarn.

Zum Abschluss durften wir die Ausweise unsere politischen Gesprächspartner bewundern. Wenn wir Hessen auf Reisen gehen, sind wir die bei allen Bundesländern die einzigen, die noch das graue Papier als Dienstausweis haben. Hessen vorn geht anders. Seit langem bekommen wir die Antwort der Vorgang liegt beim Innenministerium. Ansonsten haben wir Information. Gerne hätten wir eine schriftliche Antwort. Bisher Fehlanzeige. Für uns geht es da auch um Wertschätzung.

Fragen nach genügend Fortbildungen wurden selbstverständlich gestellt. Zahlreiche Möglichkeiten von der Fortbildung über sonstige Unterstützungsangebote gibt es. Jedoch was nützen die besten Programme, wenn der Alltag und die Arbeitsbedingungen nicht passen. Wenn wird personell überbrückt und der Sonderdienstplan ist Normalität geworden. Der Justizvollzug muss die Weichen neu stellen. Wir brauchen im Vollzug Schichtmodelle, die sich auch gut für Teilzeitkräfte eignen. Familie und Beruf sind zwei Spannungsfelder. Je mehr Lücken im Dienstplan entstehen, umso schwieriger wird es für die, die noch da sind. Um Personal zu gewinnen, dass dann auch bleibt sind neben dem Verdienst die Arbeitsbedingungen zu betrachten. Dabei wirkt nicht nur der Aufschub der Besoldung eher abschreckend wie anziehend. Die freie Wirtschaft hat für die nachfolgenden Generationen einfach viel zu bieten. Die Generationen Y und Z haben möglicherweise noch etwas übrig für eine Lebenslange Bindung an einen Arbeitgeber/Dienstherrn. Die folgenden haben andere Einstellungen. Extreme Wechselbereitschaft und ein starker Sinn für Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, wird dieser Generation zugeschrieben. Die Arbeitswelt wird sich verändern.

Eine Welt mit starren Grenzen für modere Arbeitsformen wird bei der Personalgewinnung das Nachsehen haben. Warum sollte jemand in den Justizvollzug gehen. Einer Welt in einem geschlossenen System. Ohne Smartphone und ohne Internet. Könnte die Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzuglage als Motivator dienen?

Wir fragen uns, ob das HBWS als unsere Ausbildungs- und Fortbildungsstätte überhaupt ausreichend Kapazitäten hat, um alle Menschen, die wir vielleicht noch gewinnen könnten, auch wirklich auszubilden. Eine Ausbildungsstätte sollte ein vielfältiges Sportangebot bieten – und das am besten das ganze Jahr über. Ein ganz besonderes Highlight wäre natürlich eine eigene Schießbahn direkt vor Ort. Ebenso würden wir uns auch noch ein paar zusätzliche Parkplätze wünschen, damit sich alle Besucher rundum wohlfühlen. Es wäre wirklich an der Zeit, neue Wege zu denken und unsere Möglichkeiten zu überdenken, damit wir gemeinsam wachsen können.

Bei Frau Schleenbecker (u. a. Sprecherin für Petitionen) und Frau Klaes (u. a. Sprecherin Justizvollzug) möchten wir uns sehr herzlich für das offene und konstruktive Gespräch bedanken. Gerne halten wir eine gute Verbindung zueinander. ■

v. l. n. r.: Katrin Schleenbecker, Roy Bätz, Bianca Wulkenhaar, Lara Klaes, Florian Haas, Christian Otto, Heinz-Dieter Hessler und Wilma Volkenand

Klausurtagung der Personalräte Justizvollzug

Fotos (2): BSBD Hessen

Zahlreiche Personalvertretende kamen im April nach Weilburg, zwei Tage, die mit zahlreichen Themen und Wissen rund um die Aufgaben in den Anstalten und Behörden gefüllt waren.

Am ersten Tag der Veranstaltung referierte der Geschäftsleiter der JVA Weiterstadt über die Veränderungen bei den Beurteilungsrichtlinien. Ein Thema, dass für viel Diskussion unter den Teilnehmenden sorgte. Am Nachmittag referierte ein Teilnehmer, welcher zugleich Teil des Teams Dienstplanung und Zeitwirtschaft ist, über „Wissenswertes rund um die Dienstplangestaltung, Schichtschema und allgemeine Informationen“. Am zweiten Tag hatten wir die Koordinatorin der Dienstkleidung vor Ort und alle Fragen rund um das Thema Dienstkleidung konnten gestellt und beantwortet werden.

Den restlichen Vormittag füllte der kollegiale Austausch mit den Personalrätinnen und -räten. Für den Nachmittag war ein Austauschgespräch mit Vertretungen des Ministeriums geplant.

Unter den Personalratsvertretenden sind stets zahlreiche BSBD-Mitglieder. Viele Themenbereich, die in den Anstalten oder auch im HPR behandelt werden sind auch Themen, die wir als Gewerkschaft vorantragen. Einiges haben wir bereits auf unserem Forderungskatalog. Ganz besonders ein Thema wurde ganz besonderes intensiv diskutiert.

HOMEOFFICE:

Nicht nur eine Forderung aus dem Forderungskatalog unserer Fachgruppen dem pädagogischem und psychologischem Dienst. Im Justizvollzug mit seinen Anstalten und Behörden gibt es zahlreiche Bereich, die durchaus für das Homeoffice geeignet sind.

Bei der Justiz wurde eine Dienstvereinbarung geschlossen. Während in Präsenz bis zu 10 Stunden täglich geleistet werden dürfen, sind es im Homeoffice jeweils ein Fünftel der individuell zu erbringenden wöchentlichen Arbeitszeit. Somit bei einer Beschäftigung in Vollzeit 8,2 Stunden.

Bestimmt wird Homeoffice aus den Bereichen der Justiz und des Justizvollzuges nicht mehr wegzudenken sein. Leider tut sich der Justizvollzug mit der Einführung von Homeoffice schwer. Die Menschen – ganz besonders der Sozialdienst – soll stets greifbar in der Anstalt seinen Dienst verrichten. Bis zu 10 Stunden. Das ist wichtig!!! Nicht die Produktivität. Sollte der Fokus nicht auf den zu erreichenden Arbeitsergebnissen liegen? Warum wird ein Arbeiten im Homeoffice mit der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit bewertet.

Arbeiten soll flexibler werden. Die Menschen sollen so viel wie möglich in den Dienststellen gehalten werden. Was spricht – außer Misstrauen – gegen eine Bewertung der Arbeitszeit im Gleichklang?

Natürlich wird es in vielen Bereichen des Justizvollzuges niemals Homeoffice geben. Die bestehenden Gesetze liefern die Rahmenbedingungen. Was vor Ort Gültigkeit hat, dass sollte auch bei der Arbeit zu Hause Gültigkeit haben. In den hessischen Ministerien ist das Arbeiten in Homeoffice weit verbreitet. Die Landesregierung sieht Homeoffice als eine sinnvolle und flexible Arbeitsweise, die sich nicht nur in der Pandemie bewährt hat. Die meisten Mitarbeiter können bis 50 % in einigen Ministerien sogar bis zu 60 % im Homeoffice arbeiten. Wir wünschen uns mehr Mut beim Umsetzen in die Bereiche des Justizvollzuges mit seinen Behörden. ■

Unser BSBD vertreten beim Bundeshauptvorstand in Würzburg

Eure Fachgewerkschaft mit gutem Netzwerk

Unsere Gewerkschaftsarbeit lebt vom Austausch. In dieser Ausgabe des Vollzugsdienstes haben wir euch von zahlreichen Treffen mit Kolleginnen und Kollegen aus den hessischen Justizvollzug und Behörden berichtet. Jeder noch so kleine Augenblick, wo der Justizvollzug mit seinen Belangen Thema ist, ist für uns unser Antrieb. Im Austausch mit Personalvertretenden aus den hessischen Anstalten oder Treffen mit unseren Funktionsträgern aus den Ortsverbänden sorgen stets für neue Impulse für unsere Arbeit. Vielen Dank dafür. Wir treffen uns mit politischen Vertretungen in der Regierungsverantwortung oder von der Opposition. Ein enger und guter Austausch zu unserem Dachverband und zu zum BSBD-Bund und sowie zu allen Landesbünden sind der Garant für zuverlässige Gewerkschaftsarbeit. Zahlreiche Termine sorgen dafür, dass wir alle zu „reisenden“ geworden sind. In Hessen und darüber hinaus. Uns ist wichtig euch von unseren Aktivitäten zu berichten. Wir wollen euch „dabei“ haben. Wir wollen euch damit „Rechenschaft“ ablegen. All das, was wir tun – wird von unseren Mitgliedern bezahlt. Leider gibt es auch die, das sind nicht wenige – die sich stets für Gewerkschaftsarbeit interessieren – die gerne ihre Fragen/ihre Ideen miteinbringen möchten – es gibt die, die sich mit der Arbeit für eine Gewerkschaft noch keine Gedanken gemacht haben oder eben im schlimmsten Fall denken bringt mir ja eh nix. Wenn etwas fehlt, merkt man es leider erst, wenn es weg ist. In der freien Wirtschaft haben die Gewerkschaften wieder einen enormen Zuspruch. Mit Leidenschaft stehen wir hinter unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Gewerkschaft und Demokratie gehören untrennbar zusammen, ohne Dialog und Austausch mit dem festen Willen gemeinsam solidarisch für unsere Gesellschaft einzustehen und mitzugestalten. Nicht schmollend und verweigernd zurückziehen, sondern mitmachen und dabei sein. Wir glauben daran - daher haben wir uns für die Mitarbeit in der Gewerkschaft entschieden.

Zur Bundeshauptvorstandssitzung nach Würzburg kamen fast alle Länder zu einem regen Austausch zusammen. Gute Netzwerke entstehen und über Einiges wurde abgestimmt, gemeinsame Ziele wurden abgestimmt. In den Ländern wird der Kontakt zur Politik sehr unterschiedlich wahrgenommen. Vom regen und vertrauensvollen Austausch bis hin zur Gesprächsverweigerung war alles vertreten. Ohne Austausch zu den politischen Vertretenden ganz besonders den Entscheidern können kaum Ziele erreicht werden. Für den BSBD-Bund hoffen wir auf jeden Fall, dass die Justizministerin Frau Dr. Stefanie Hubig den Kontakt zum BSBD pflegen wird. Der Justizvollzug hat Aufmerksamkeit verdienst. Untrennbar gehören wir unverzichtbar zur inneren Sicherheit.

Bericht: BSBD Hessen ■

Fotos (2): BSBD Hessen

Vorsitzende und Fachgruppenvertretende der Länder

Unser BSBD vertreten beim Tarif Treffen –

Eure Fachgewerkschaft mit gutem Netzwerk

Für unseren Tarifbereich ist Torsten Gürtler zuständig. Das Fachgruppentreffen Tarif findet i. d. R. einmal im Jahr statt. Wichtige Themen rund um die Tarifvertretung werden besprochen. Für die Länder werden gemeinsame Aktionen, nicht nur für die jeweiligen Tarifverhandlungen besprochen. Wir sind zwar nicht mehr in der Tarifgemeinschaft der Länder vertreten, dennoch lassen sich gemeinsame Strategien erarbeiten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Pflegezulage im Krankenpflegedienst. Für Hessen haben wir die Erhöhung der Zulage zu einem früheren Zeitpunkt realisieren können. In Hessen ist der Maßregelvollzug nicht beim Justizvollzug. Möglicherweise haben wir aus diesem Grund vor den Ländern die Zulage erstreiten können.

Zielgerichtet entstehen durch das starke Netzwerk innerhalb unserer Fachgewerkschaft gute Ideen. In den Arbeitsgruppen mit klaren Rollen wird die Effizienz gesteigert.

Das mehrtägige Treffen wurde in der Hauptsache zur intensiven Vorbereitung auf die anstehenden Tarifverhandlungen (TdL) genutzt. Hessen wird nach den Ländern seine Tarifverhandlungen haben. Auf jeden Fall sind wir durch die gemeinsame Vorbereitung bestens aufgestellt, wenn unsere Verhandlungen eröffnet werden. Besprochen wurden neben Entgelterhöhungen auch andere tarifliche Möglichkeiten.
Tarifverhandlungen sind stets ein Machtkampf. Unsere Möglichkeiten Stärke zu zeigen ist die Sichtbarkeit auf der Straße. Wenn wir wollen, dass wir gute Abschlüsse erreichen, dann brauchen wir euch alle. Sichtbar!!! Leider ist die Tatsache nicht allen bewusst.

Wir geben jedenfalls die Hoffnung nicht auf. Sicher sind wir, dass die Tarifverhandlungen bei der TdL und in Hessen keine leichten werden.

Unsere Vorbereitungen sind gründlich. Der Tarifbereich erstreckt sich nicht nur auf die BSBD-Arbeitsgruppe, sondern auch auf den dbb Hessen.

In Hessen ist die Arbeitsgruppe Tarif aktuell sehr mit der Fortschreibung der Entgeltordnung beschäftigt, Tätigkeitsbeschreibungen werden erstellt und die Eingruppierungsgrundlagen sorgfältig bearbeitet. Für die Tarifbeschäftigten sind unbedingt die Arbeitsbedingungen der heutigen Zeit zu berücksichtigen. Ohne umfassende Kenntnisse lassen sich kaum noch Arbeitsbereiche erledigen. Die Mitwirkung in den jeweiligen Arbeitsgruppen erfordert neben guten Kenntnissen rund um den Tarifbereich eine enorme Einsatzbereitschaft. Unser Fachbereich für den Tarif bringt als das mit.

Einsatzfreude und Bereitschaft sich aktiv mit allen Aufgaben des Tarifes auseinanderzusetzen. Einige Treffen haben bereits gezeigt, dass die Tarifpflege kein Spaziergang mit. Wir hoffen, dass es gelingen wird gute Vorschläge für die Neuausrichtung der Entgeltordnung zu schaffen. Wir werden berichten.

#vonderBasisfürdieBasis

Bericht: BSBD Hessen ■

Bildquelle: BSBD

Tarifvertretende in Soltau

2. Workshop für Funktionsträger aus den nordhessischen Ortsverbänden

Nach Südhessen folgte für uns der zweite Workshop - wir fuhren im April in die Schwalm. Gemeinsam mit den Funktionsträgern aus den nordhessischen Verbänden entstand ein reger Austausch unter den Teilnehmenden. Für die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit sind gute Netzwerke unabdingbar. Auch die zweite Veranstaltung wurde ein voller Erfolg. Das Treffen mit unseren Ortsverbänden hat dazu beigetragen, dass neue Ideen für gemeinschaftliches Handeln entstehen konnten. An gemeinsamen Treffen werden wir auf jeden Fall festhalten. Austausch fördert den Zusammenhalt und zeigt, dass Gewerkschaftsarbeit ein wichtiges Bindeglied für die Gemeinschaft ist. Menschen mit gemeinsamen Interessen kommen zusammen, eine starke Stimme für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit ist unverzichtbar. Ganz besonders in unserem Fachbereich. Der Justizvollzug verdient Aufmerksamkeit. Wir sind bereit für gute Arbeitsbedingungen zu ringen. Ohne Gewerkschaften würden viele Errungenschaften wie Mindestlöhne, Arbeitszeitregelungen und Kündigungsschutz kaum bis schwer durchsetzbar. Eine Plattform für den Dialog und die Mitbestimmung. Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe wird gestärkt. Die Interessen aller Berufsgruppen im Justizvollzug sind unser Antrieb. Der Motor für soziale Gerechtigkeit, Zusammenhalt und aktive gesellschaftliche Mitgestaltung. Viel zu oft wird verkannt, wie wichtig Gewerkschaften für die Allgemeinheit sind. Viel zu oft hören wir:

- „Warum sollte ich Mitglied werden“
- „Das Geld kann ich mir sparen – krieg ja eh alles, was erreicht wird“
- „Es bringt mir ja nichts“
- „Die Stimmung in den Anstalten wird ständig schlechter“
- „Der Besoldungsaufschub hat mir gezeigt, dass Gewerkschaften nix bringen“

Mit unserem Austausch wollen wir zum einen unsere Funktionsträger zusammenbringen und zum anderen gemeinsames stärken.

Stärken wollen wir auch unsere dienstjungen Kolleginnen und Kollegen. Auf beiden Veranstaltungen stellt unserer Fachgruppenvertreter und Ortsverbandsvorsitzender aus Weiterstadt, Marek Gach, die geplante Arbeitsgruppe vor. Wir hoffen auf zahlreiche Mitstreiter. Einige Rückmeldungen sind aktuell bereits eingegangen, wir sind gespannt und werden euch auf jeden Fall berichten.

Auch wir haben Einiges von beiden Austauschtreffen mitgenommen. Damit die Veranstaltung gelingen konnte, wurde die Organisation durch den Schwälmer Ortsverband übernommen. Vielen Dank an alle fleißigen Hände, ein ganz besonderer Dank geht an die Küchenbäckerin, die Muffins zur Pause waren vorzüglich.

Bericht: BSBD Landesvorstand ■

Fotos (2): BSBD Hessen

Blick in den Tagungsraum – vertreten waren die Ortsverbände Schwalmstadt, Gießen, Fulda, Hünfeld und Kassel I

Spezifische Forderungen der Pädagoginnen und Pädagogen

1. Beförderungen für Pädagoginnen und Pädagogen im Vollzug

Die hessischen Justizpädagoginnen und -pädagogen sind Lehrer für Haupt- und Realschulen und Gymnasien. Das Einstiegsamt ist sowohl im Schuldienst als auch im Vollzugsdienst die A13 (bzw. E13). Allerdings trennen sich hier die Karrierewege auch schon. Im Schuldienst folgt auf die A13 als nächste Beförderungsstufe die A14, im Justizdienst gibt es als nächstes die Beförderungsstufe A13Z. Beim Fachdienst der Psychologen gibt es keine A13Z. Psychologen werden im Vollzugsdienst auch von der A13 in die A14 befördert.

Deshalb wurde an das Kultusministerium die Anfrage gestellt, ob und unter welchen Umständen im Schuldienst die Beförderungsstufe A13Z vergeben wird. Von dort erklärte man, dass die A13Z eine Beförderungsstufe für Grundschullehrer sei, die an sehr kleinen Schulen arbeiten. Diese Beförderungsstufe sei aber sehr selten und es sei beabsichtigt diese abzuschaffen, da Grundschullehrer ab 2028 in Hessen nicht mehr schlechter bezahlt werden sollen, als andere Lehrämtler. Es wäre hier ggf. juristisch zu prüfen, ob die Beförderungsstellen A13Z für Justizlehrerinnen und -lehrer überhaupt zulässig sind. Aber selbst wenn dem so sein sollte, ist der Justizvollzug dem Schuldienst gegenüber nicht konkurrenzfähig. Es ist klar, dass eine Lehramtskarriere in der Justiz damit ziemlich unattraktiv ist. Dies zeigt sich ja auch deutlich an der Fluktuation in den Pädagogischen Diensten. Aktuell fehlen in Hessen 12.500 Lehrer.

Alleine in Mittelhessen sind 140 A14-Beförderungsstellen ausgeschrieben, die ein weit geringeres Anforderungsprofil haben, als die Tätigkeiten der Justizkolleginnen und -kollegen. Es wird nicht möglich sein, qualifiziertes Personal zu gewinnen oder zu halten, wenn die Karrieremöglichkeiten der Art schlecht sind.

Folglich wird gefordert, alle A13Z-Stellen für Lehrerinnen und Lehrer im Vollzugsdienst durch A14-Stellen zu ersetzen.

2. Unzureichender Bildungsetat

Bildung spielt im hessischen Vollzug keine besondere Rolle. Dies sieht man alleine schon daran, dass es kein einheitliches, bedarfsdeckendes und schülerorientiertes Deutschangebot für ausländische Gefangene im Vollzug gibt. Dadurch, dass nicht einmal der Grundbildungsbereich den Bedarf deckt, ergeben sich zahlreiche Folgeprobleme: Betroffene Gefangene, denen kein Deutschunterricht angeboten wird, können keine therapeutischen Maßnahmen durchlaufen, keine Ausbildung absolvieren und haben somit eigentlich keinerlei Möglichkeiten, an ihrer Resozialisierung zu arbeiten. Dieser unbefriedigende Umstand wird sich in den nächsten Jahren noch dramatisch zuspitzen, da sich das Klientel in den letzten Jahren sehr verändert hat, der Bedarf erheblich gewachsen ist und perspektivisch noch weiter wachsen wird und der Umgang und Beschulung schwieriger geworden ist. Auch hier heißt es im HStVollzG §27 (6) wieder sehr klangvoll: „Zur Vorbereitung oder Durchführung von Maßnahmen nach Abs. 3 ist Gefangenen, die nicht über Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen, die Teilnahme an Deutschkursen zu ermöglichen.“ Umso verwunderlicher ist dann, dass aber nicht die dafür nötigen Mittel bereitgestellt werden und Pädagogische Dienste trotz eines entsprechenden Bedarfs aufgefordert werden, dass Maßnahmenangebot zu reduzieren.

Foto: stock.adobe.com

Bildungsmaßnahmen im Vollzug sind aus fachlicher Sicht zwingend als intensivpädagogische Maßnahmen zu planen, andernfalls sind keine positiven Effekte in der Behandlung zu erwarten. Dies bedeutet insbesondere, dass eine deutlich bessere personelle Ausstattung und Betreuung der Schüler und Auszubildenden unabdingbar ist.

Folglich wird gefordert, dass alle Ausbildungsbetriebe in Hessen mit zwei Ausbildern oder einem Ausbilder und einem Ausbildungsassistenten ausgestattet werden. Der Deutschunterricht muss in allen Anstalten bedarfsdeckend und einheitlich geplant und durchgeführt werden, andernfalls wird es zukünftig nur noch sehr schwer möglich sein, Anschlussbehandlungen für Gefangene anzubieten.

3. Gefangenenbüchereien

Die positiven Effekte von Lesen im Rahmen der (Re-)Sozialisierung sind schon lange wissenschaftlich belegt und werden in einigen anderen Ländern, anders als in Hessen, auch aktiv und gezielt in der Behandlung von Gefangenen genutzt. Das UNESCO Institute for lifelong learning weist regelmäßig auf entsprechend erfolgreiche Projekte und Maßnahmen hin. In Hessen wird dieses Instrument gar nicht benutzt. Zwar heißt es sehr klangvoll im HStVollzG § 30 (2) „Die Anstalt hat eine angemessen ausgestattete Bücherei vorzuhalten“, allerdings stellt man den Gefangenenbüchereien weder einen Etat noch qualifiziertes Fachpersonal bereit. Das Ganze gerät nun völlig in Schieflage, wenn die Büchereileiterinnen und -leiter aufgefordert werden, Buchspenden für die Büchereien zu akquirieren. Die Büchereileiterinnen und -leiter sind nämlich in der Regel Beamte. Beamte dürfen keine Spenden annehmen. Besonders in der aktuellen Lage, in der Korruption unter hessischen Beamten ein großes Thema ist, erscheint diese Arbeitsweise absolut absurd.

Folglich wird gefordert, die Gefangenenbüchereien so auszustatten, dass die positiven behandlerischen Effekte als resozialisatorisches Instrument aktiv genutzt werden können, und die Büchereileiterinnen und -leiter von der unwürdigen und halblegalen Spendenaquise zu befreien. Dafür sind 5000,- pro Jahr und Anstalt einzuplanen.

4. Möglichkeiten zum Homeoffice

Auf Grund des Umstandes, dass Justizlehrerinnen und -lehrer keine Zeugnisse ausstellen dürfen (HStVollzG § 27 (8)) macht es keinen Sinn, dass Justizlehrerinnen und -lehrer überhaupt selbst unterrichten, solange sie nicht unter der Schirmherrschaft eines externen Bildungsträgers stehen. Deshalb sind die meisten Kolleginnen und Kollegen mit dem Bildungsmanagement beschäftigt und ausgelastet. Dies ist vornehmlich eine Verwaltungstätigkeit und der Tagesablauf ist überwiegend mit „Schreibtischarbeiten“ gefüllt. Es ist daher für die allermeisten Kolleginnen und Kollegen ohne weiteres möglich, einen Teil ihrer Aufgaben im Homeoffice zu erledigen. Leider sind viele Anstaltsleitungen aus Unkenntnis über die tatsächlichen Tätigkeiten und Aufgaben der Justizpädagogen nicht gewillt, Homeofficeanträge zu genehmigen.

Folglich wird gefordert, allen Pädagoginnen und Pädagogen, die dies beantragen und dem keine konkreten Unterrichtsverpflichtungen entgegenstehen, Homeofficetage zu genehmigen. ■

Herzliche Glückwünsche senden wir allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Lehrgang E 219

Der dritte Lehrgang in diesem Jahr beendete erfolgreich die Ausbildung zum allgmeinen Justizvollzugsdienst. Herr Mühlberger, als kommissarischer Leiter der Aus- und Fortbildungsstätte und eine der hauptamtlichen Lehrkräfte, verabschiedete die Teilnehmenden, jedoch nicht ohne die eine oder andere Anekdote aus der zurückliegenden Zeit der Ausbildung bis hin zu den Prüfungen. Gern werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Lehrgangs auf diese Zeit zurückblicken. Eine gute Portion Spaß spornt beim Lernen für die Prüfungen an. Mit guten Wünschen für die Zukunft wurden die Anwärterinnen und Anwärter i. JVD zur Obersekretärinnen und Obersekretären von Frau Staatssekretärin Tanja Eichner ernannt. Nach guter alter Tradition waren die jeweiligen Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter bei der Ernennung zugegen.

Bericht: Landesvorstand ■

Lehrgang E 219 vor und während dem traditionellen Mützenwurf

Fotos (2): BSBD Hessen

Gemeinsam mit Frau Eichner und Herrn Mühlberger

Beamtenpension vor dem Aus?

Was auf den ersten Blick nach finanzieller Entlastung klingt, ist in Wahrheit ein juristisches, haushaltsökonomisches und staatspolitisches Pulverfass.

Beamte unterliegen dem Alimentationsprinzip, verankert in Art. 33 Abs. 5 GG. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums wiederholt bestätigt. Eine Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung wäre ohne Grundgesetzänderung unzulässig.

Seit der Förderalismusreform I (2006) liegt die Gesetzgebungskompetenz für die Beamtenversorgung ausschließlich bei den Ländern (Art. 70 GG). Der Bund ist hier weder zuständig noch befugt, diese Kompetenz an sich zu ziehen.

Beamte zahlen keine Sozialversicherungsbeiträge. Ihre Versorgungsansprüche entstehen aus dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und werden erst im Ruhestand durch den Dienstherrn erfüllt - entweder direkt aus dem Haushalt oder über Versorgungskassen.

Während im Rentensystem monatlich Beiträge fällig werden, entstehen beim Beamten im aktiven Dienst keine vergleichbaren laufenden Abflüsse. Würde der Dienstherr gesetzliche Rentenversicherung Beiträge leisten müssen, hätte das sofortige, massive Liquiditätswirkungen - mit Milliardenbelastungen für Länder und Kommunen.

Zwar haben einige Länder Versorgungssondervermögen eingerichtet - etwa zur Kapitaldeckung künftiger Versorgungsausgaben. Diese Rücklagen sind jedoch nicht liquide verfügbar, sondern bilanzielle Vorsorgemechanismen, die Haushalte später entlasten sollen.

Wer nun das System der Beamtenversorgung aushöhlen will, riskiert langfristig die Handlungsfähigkeit des Staates. Denn während die Sozialausgaben steigen, geraten tragende Kernaufgaben wie Bauverwaltung, Haushalt, innere Sicherheit und Bildung zunehmend unter Druck.

Auch das oft vorgebrachte Gerechtigkeitsargument greift zu kurz: Beamte übernehmen hoheitliche Aufgaben, sind in ihrer politischen Neutralität gebunden, unterliegen erhöhten Treupflichten, verzichten auf das Streikrecht und tragen die Kosten ihrer Krankenversicherung vielfach selbst. Das Beamtenverhältnis ist ein Sonderstatus mit besonderen Pflichten - und verdient eine entsprechend eigenständige rechtliche Behandlung.

Gerade in Hessen muss zudem zunächst die verfassungsrechtliche problematische Unteralimentation vollständig korrigiert werden. Jede strukturelle Annäherung an beitragsbasierte Systeme würde andernfalls zwangsläufig eine weitgehende Anhebung der Besoldung erforderlich machen, um die amtsangemessene Alimentation sicherzustellen.

Ein Blick in die jüngere Versorgungsgeschichte zeigt außerdem: Beamte haben über Jahre auf Besoldung verzichtet, damit Versorgungssondervermögen aufgebaut werden konnten. In mehreren Bundesländern wurden diese Rücklagen jedoch später wieder aufgelöst oder in den allgemeinen Haushalt überführt. Das Vertrauen in nachhaltige Vorsorgepolitik wurde dadurch nicht gestärkt.

Und schließlich:

Vor dem Hintergrund eines bereits bestehenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst würde eine zusätzliche Belastung die Attraktivität verbeamteter Stellen weiter schwächen.

Wer heute strukturell demotiviert, darf sich morgen nicht wundern, wenn selbst einfache Verwaltungsakte nicht mehr rechtsicher erstellt werden - mit steigenden Widerspruchszahlen und wachsender Frustration bei den Bürgern.

Bericht: Husam Sanori ■

Erfolgreicher Angehörigentag in der JVA Weiterstadt – begeistert mit Einblicken und Austausch

Am 29.03.2025 fand der Angehörigentag in der Justizvollzugsanstalt Weiterstadt unter großer Beteiligung von Besuchern der hier tätigen Bediensteten statt: Insgesamt rund 591 Personen, einschließlich begleitender Bediensteter, nutzten die Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. In 16 Gruppen mit einer durchschnittlichen Größe von etwa 37 Personen erkundeten das Gelände der JVA Weiterstadt.

Ein besonderes Highlight des Tages war die Führung für Mitarbeiter und deren Kinder im Grundschulalter. Die jungen Besucher konnten auf diese Weise entdecken, wo genau ihre Eltern arbeiten und waren stolz, den Arbeitsplatz ihrer Eltern kennenzulernen. Großes Interesse weckten auch die zu besichtigten Fahrzeuge: Der bereitgestellte Umlaufbus sowie das Transportfahrzeug vor der Pforte wurden von vielen Gästen genau unter die Lupe genommen und begeistert begutachtet.

R. Illert, M. Zorn, M. Olschewski, H. Sanori, T. Jantzer

Dank des Leerstands im Unterkunftshaus F (wegen der Sanierung der Sicherheitstechnik in diesem Bereich) war es zudem möglich, einen Unterbringungsbereich von Gefangenen inklusive Freizeiträumen, Stationsküchen, besonders gesichertem Haftbereich (bgH) und einem Freistundenhof zu besichtigen – eine sonst seltene Gelegenheit, die auf großes Interesse stieß. Die Resonanz nach den Führungen war durchweg positiv: Viele Besucher zeigten sich beeindruckt von den Einblicken und lobten die freundliche und informative Gestaltung des Tages.

v.l.: A. Weil, P. Althaus, H. Sanori, und Käufer P. Walz

Neben den Führungen kam auch der Austausch mit den Verkaufsständen der Arbeitstherapie und der Schneiderei nicht zu kurz. Hier konnten Besucher handgefertigte Produkte bestaunen und erwerben. Das Interesse an der Vielfalt und Qualität der gefertigten Artikel war groß, was zu zahlreichen anregenden Gesprächen führte. Außerdem wurde für einen guten Zweck eine Gartenbank versteigert. Der Erlös von 250 € geht an ein Kinderhospiz nach Mainz. Abgerundet wurde der Angehörigentag durch ein kulinarisches Angebot, das ebenfalls auf breite Zustimmung stieß. Die Bewirtung wurde durchweg sehr gut angenommen, und viele Besucher nutzten die Gelegenheit, sich bei Kaffee und Kuchen auszutauschen.

v.l.: J. Hartmann und H. Stroh

Insgesamt war der Angehörigentag ein voller Erfolg – geprägt von Offenheit, Austausch und großem Interesse an der täglichen Arbeit vor Ort.

Bericht: Husam Sanori JVA Weiterstadt ■

Fotos (7): BSBD Hessen

v.l.: M. Sassi, S. Kunze-Baumann, K. Göbel, H. Sanori, A. Uhden

Andiamo a Roma!

Justizbedienstete auf Erkundungstour in der Ewigen Stadt

Rom – Eine Stadt, die Geschichte atmet, Kunst und Kultur vereint und jeden Besucher in ihren Bann zieht. Vom 3. bis 8. Februar 2025 folgte eine Gruppe von Justizbediensteten der JVA Hünfeld und JVA Fulda genau diesem Ruf und erlebte eine unvergessliche Reise in die Ewige Stadt. Organisiert wurde die Fahrt von der katholischen und evangelischen Seelsorge beider Anstalten, und mit rund 30 Teilnehmern war die Gruppe bestens aufgestellt für sechs Tage voller Entdeckungen, Begegnungen und unvergesslicher Momente.

Perfektes Wetter für eine perfekte Reise

Bereits bei der Ankunft in Rom wurde klar: Das Wetter meinte es gut mit uns! Mit strahlendem Sonnenschein und angenehmen 15 Grad zeigte sich die italienische Hauptstadt von ihrer besten Seite – ideales Reisewetter, um die vielen historischen Schätze Roms zu erkunden.

Unsere Unterkunft, die Casa per Ferie Villa Fatima, lag in perfekter Nähe zum Vatikan, sodass viele Sehenswürdigkeiten auch zu Fuß erreichbar waren. Doch nicht nur der Standort, sondern auch die Atmosphäre des Hauses sorgte für einen angenehmen Aufenthalt. Besonders beim gemeinsamen Frühstück oder den Gesprächen am Abend wurde schnell klar: Diese Reise war nicht nur eine Möglichkeit, Rom zu entdecken, sondern auch eine Chance, sich untereinander besser kennenzulernen. Und wie das in einer großen Gruppe so ist, sorgten auch die ersten kleinen Missgeschicke für beste Unterhaltung – sei es beim Aufstieg zur Kuppel des Petersdoms oder dem Versuch, italienische Fahrkarten zu verstehen.

Fast alle kamen problemlos zu den Sehenswürdigkeiten – bis auf einen von uns, der unterwegs noch feststellte, dass seine Busfahrkarte leider immer noch im Originalzustand war: ungestempelt. Wer sich je gefragt hat, wie freundlich römische Fahrkartenkontrolleure auf so etwas reagieren – wir wissen es jetzt.

Geschichte, Glaube und italienische Lebensart

Schon am ersten Tag ging es los mit den ersten Besichtigungen: Die Abtei Tre Fontane und die imposante Basilika Sankt Paul vor den Mauern boten einen eindrucksvollen Einstieg in die Geschichte Roms. Spätestens beim ersten gemeinsamen Spaziergang durch die Altstadt mit ihren engen Gassen und lebhaften Plätzen war klar: Rom hat einen ganz besonderen Charme!

Die folgenden Tage waren gespickt mit Höhepunkten

Ein Besuch im Vatikan samt Besichtigung des Petersdoms, der mit seiner gigantischen Kuppel und den beeindruckenden Kunstwerken ein absolutes Muss ist.

Ein geführter Rundgang durch das antike Rom mit Blick auf das weltberühmte Kolosseum, die Kaiserforen und das Kapitol.

Eine Audienz beim Papst – für viele eines der bewegendsten Erlebnisse der Reise.

Die Erkundung der Vatikanischen Museen, die mit unzähligen Meisterwerken, darunter die Sixtinische Kapelle, ein wahres Highlight waren.

Natürlich durfte auch das berühmte Dolce Vita nicht fehlen: Ob ein Espresso an der Piazza Navona, ein Gelato am Trevi-Brunnen oder ein gemütlicher Abend in Trastevere – das italienische Lebensgefühl war allgegenwärtig. Manche aus unserer Gruppe lernten dabei unfreiwillig eine der ältesten römischen Traditionen kennen: Taschendiebstahl in der Metro. Zum Glück blieben Reisepässe und gute Laune erhalten – und vielleicht hatten die Diebe ja Verwendung für ein paar deutsche EC-Karten.

Gemeinsame Erlebnisse, die verbinden

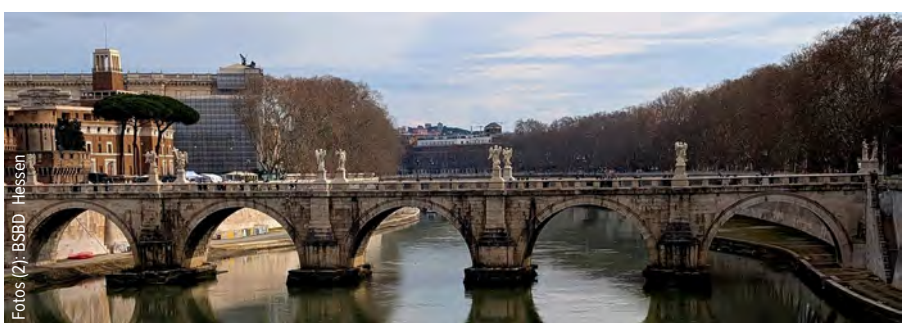
Neben all den kulturellen und geschichtlichen Highlights hatte diese Reise noch einen ganz anderen Effekt: Sie brachte uns als Team näher zusammen. Egal ob beim Erkunden der Stadt, bei gemeinsamen Mahlzeiten oder beim Warten auf den nächsten Bus – es gab viele Gelegenheiten für Gespräche, gemeinsames Lachen und neue Bekanntschaften. Wer im Arbeitsalltag nur selten Berührungspunkte hatte, kam hier ins Gespräch, und so entstanden Verbindungen, die weit über die Reise hinaus Bestand haben werden. Und spätestens, als sich eine kleine Gruppe in den engen Gassen Roms verirrte, war klar: Man kann noch so viele professionell ausgebildete JVA Bedienstete beisammenhaben – ohne Handy-Navigation ist man in einer fremden Stadt trotzdem aufgeschmissen.

Am letzten Tag stand noch ein Besuch der Katakomben von San Sebastiano auf dem Programm, bevor es am Abend wieder zurück nach Deutschland ging.

Mit vielen Eindrücken, großartigen Erlebnissen und vielleicht sogar ein bisschen Fernweh im Gepäck endete eine Reise, die allen noch lange in Erinnerung bleiben wird.

Rom hat uns nicht nur mit seiner Schönheit verzaubert, sondern auch gezeigt, wie bereichernd es ist, gemeinsam neue Orte zu entdecken und als Team zu wachsen. Wohin die nächste Reise führt? Das wird sich zeigen – aber eines steht fest: Es gibt noch viele spannende Ziele zu erkunden!

Bis zur nächsten Reise
Luca Borello



Fotos (2): BSBD Hessen

Spannung, Emotionen und ein neuer Champion:

Rockenberg gewinnt die hessische Volleyballmeisterschaft

Hünfeld – Die Halle brodelte, als der letzte Ballwechsel gespielt wurde. Ein Schlag, ein Block, ein Jubelschrei – die JVA Rockenberg riss die Arme in die Höhe! Mit einem hauchdünnen Sieg im Finale holte sich das Team erstmals den begehrten Titel der 3. Hessischen Volleyballmeisterschaft der Justizbediensteten.

Am 8. März 2025 fand das Turnier bei bestem Wetter in der Kreissporthalle Hünfeld statt. Gastgeber war in diesem Jahr die JVA Hünfeld, die mit zwei eigenen Teams an den Start ging und für eine hervorragende Organisation sorgte. Insgesamt traten elf Mannschaften aus neun Justizvollzugsanstalten gegeneinander an – und lieferten sich spannende Duelle um den Wanderpokal.

Spannende Gruppenphase und packende K.o.-Runde

Nach einer intensiven Gruppenphase qualifizierte sich die erste Mannschaft der JVA Hünfeld als Gruppensieger für das Halbfinale. Dort traf sie auf die JVA Rockenberg – und es wurde ein echter Krimi. Beide Teams schenkten sich nichts, doch in den entscheidenden Momenten hatte Rockenberg die besseren Nerven und setzte sich knapp durch.

Für die Gastgeber blieb noch das kleine Finale um Platz 3 gegen die JVA Fulda, die sich im Vorfeld akribisch vorbereitet hatte. Trotz kämpferischer Leistung musste sich Hünfeld mit 19:25 Punkten geschlagen geben und landete auf einem respektablen vierten Platz.

Im Finale traf die JVA Rockenberg schließlich auf den Titelverteidiger JVA Weiterstadt 1. Das Endspiel war an Spannung kaum zu überbieten: Mit 27:25 Punkten entschied Rockenberg das Match hauchdünn für sich und krönte sich erstmals zum Hessenmeister. Der Wanderpokal ging damit auf Reisen und findet für mindestens ein Jahr ein neues Zuhause.

Abklatschen Mannschaften Rockenberg und Hünfeld

Siegermannschaft JVA Rockenberg

Großartige Stimmung und perfektes Volleyball-Wetter

Neben den sportlichen Highlights sorgten auch die Rahmenbedingungen für ein rundum gelungenes Turnier. Die Zuschauer feuerten die Teams lautstark an, die Verpflegung stimmte, und die Stimmung unter den Justizbediensteten war ausgelassen.

Spiel mit Leidenschaft

Siegerehrung

Selbst das Wetter spielte mit und lieferte ideale Bedingungen für einen Sporttag voller Leidenschaft und Teamgeist.

Das Turnier hat eindrucksvoll bewiesen, dass Sport verbindet – über Anstaltsgrenzen hinweg. Teamgeist, Fairplay und spannende Matches machten die Meisterschaft zu einem echten Highlight. Eines steht fest: Nach diesem Turnier fiebern alle schon jetzt der nächsten Auflage entgegen!

Bericht: Luca Borello JVA Hünfeld

Schere – Stein – Papier

4. Platz JVA Hünfeld

Fotos (6): BSBD Hessen

Neuer Vorstand und frische Impulse im BSBD-Ortsverband Schwalmstadt

Wir gratulieren

Die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Schwalmstadt fand am 8. Mai 2025 statt. Auf der Tagesordnung eine Jahreshauptversammlung mit Wahlen.

Zum neuen Vorsitzenden des OV´s wurde Roy Bätz gewählt. Gemeinsam mit Steffen Völker und Alexander Schmidt als Stellvertretende Vorsitzende wird das Team mit Lars Störmer als Kassierer in seiner Stellvertretung Sebastian Bambey und den Schriftführerinnen Rita Doshier und Monika Fenner in der Stellvertretung komplettiert.

Ein besonderer Höhepunkt der Veranstaltung war die Ehrung langjähriger Mitglieder. Lars Störmer und Steffen Völker erhielten für ihre 15-jährige Mitgliedschaft die Ehrennadel in Bronze.

v. l.: Monika Fenner, Roy Bätz und Michael Sobaglo

Fotos (4): BSBD Hessen

v. l.: Roy Bätz, Steffen Völker und Lars Störmer

Teilnehmende Jahreshauptversammlung

Leider konnten nicht alle zu Ehrenden anwesend sein. Die Übergabe weiterer Anerkennungen in Bronze und Silber wird sodann persönlich erfolgen.

In jedem Anfang wohnt ein Zauber. Alte bewährte Traditionen sollen wiederbelebt werden. Besondere Anlässe z. B. runde Geburtstage der Mitglieder werden mit einem auf den Empfänger zugeschnitten Präsentkorb bedacht. Gemeinsame Erlebnisse sind Kitt unserer Gesellschaft. Neues soll zur Tradition werden. Beschlossenen wurde der Bau eines Grillplatzes. Zahlreiche Sommerabende sind gesichert. Mit frischen Ideen und viel Engagement startet der Ortsverband in Richtung Zukunft. Eine rundherum gelungene Veranstaltung, die mit einem starken Signal für Zusammenhalt in Richtung Zukunft startet. Wir wünschen dem neuem Team des Ortsverbandes stets gute Entscheidungen und Mitglieder, die Spaß und Lust an Gemeinsamkeit haben.

Bericht: BSBD Vorstand ■

Hand in Hand ist
HanseMerkur

Sicherheit für alle Felle –
die Tierversicherung für Hund und Katze

Unsere Haustiere sind Familienmitglieder – und genau wie wir können sie krank werden oder einen Unfall haben. Während unsere Behandlungskosten meist von der Krankenversicherung übernommen werden, zahlen Tierhalter selbst.

Fast die Hälfte aller Hunde und Katzen benötigt mindestens einmal im Leben eine OP. Neben den Eingriffskosten fallen weitere Ausgaben für den Aufenthalt und die Nachsorge an. Eine OP-Versicherung bietet hier finanzielle Sicherheit. Auch Routinebesuche beim Tierarzt summieren sich: Die häufigste Leistung ist die „Allgemeine Behandlung mit Beratung“. Eine Tierkrankenversicherung deckt neben Operationen auch diese Kosten ab.

Das Beste: Eine gute Versicherung muss nicht teuer sein. Lassen Sie sich unverbindlich beraten und finden Sie die optimale Absicherung für Ihr Haustier.

- ✓ **Alle Hunderassen versicherbar**
- ✓ **Bis zum 4-fachen GOT-Satz**
- ✓ **Freie Tierarzt- und Klinikwahl**
- ✓ **Auf Wunsch mit Zahn-Baustein**
- ✓ **Individuelle Beratung**
- ✓ **Schnelle, digitale Erstattung**

Ihr Ansprechpartner für den Strafvollzug
Generalvertreter Bastian Wartenberg
Telefon 0176-66802225
bastian.wartenberg@hansemerkur.de
www.hansemerkur.de/bastian.wartenberg

Gleich online abschließen!

ANZ 615 05.25